

blick nach rechts

A 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 15. Jahrgang Nr. 3 11. Februar 1998

→ Rechte Truppe an der Uni Seite 2

Der RCDS an der Universität Kiel duldet in den eigenen Reihen Vertreter extrem rechter Gruppierungen. Mittlerweile ist sogar der Verfassungsschutz alarmiert.

→ „Überragende Verdienste“ Seite 4

Ein 25jähriger Student wurde vom Staat mit einem Orden ausgezeichnet. Der Geehrte publiziert in ultrarechten Publikationen und sieht die revanchistischen „Ritterkreuzträger“ als vorbildlich an.

→ Geschäfte mit Nazis Seite 6

Die Familie von Raoul Wallenberg, der vermutlich 100.000 Kinder, Frauen und Männer vor den Gaskammern bewahrt hat, war tief in den Handel der schwedischen Reichsbank mit Hitler-Deutschland verstrickt. Um das Schicksal des verschollenen Judenretters hat sich die einflußreiche Sippe nie sonderlich bemüht.

→ Grenzen der Meinungsfreiheit Seite 9

In Frankreich muß sich der frühere Kommunist Roger Garaudy wegen Verharmlosung des Holocaust vor Gericht verantworten. Unterstützung wird ihm von Publizisten und Presseorganen aus dem Nahen Osten zuteil.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH,
Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/255 94-100, Fax 030/255 94-190

Universität sieht
keinen Handlungsbedarf

Neonazis als Ordnertruppe

Der RCDS an der Uni Kiel hat Schwierigkeiten mit der Abgrenzung nach rechts. Die rechtsextremen Umtriebe dort haben mittlerweile den Verfassungsschutz alarmiert.

Die Ordner tragen Bomber- oder Sportlederjacken. Mit blitzblanken Stahlkappen an den Schuhen und überdimensionalen Stahltaschenlampen in der Hand marschieren sie in Zweiertrupps im Gleichschritt durch den Saal, um während der Veranstaltung für Ordnung zu sorgen. Auf Einladung der rechtslastigen „Deutschen Hochschulgilde Theodor Storm“ hat sich mit dem 85jährigen Ex-Grünen Baldur Springmann ein Referent („Ökologie und Religiosität“) angesagt, der den vor kurzem verstorbenen Auschwitz-Leugner Thies Christophersen bei passender Gelegenheit schon mal als „aufrechten Menschen“ bezeichnet. Zwei im bündischen Look auftretende junge bezopfte Gilde-Frauen führen den völkisch denkenden Ökobauern in den Vortragsraum. Von dort geleiten die vom Veranstalter angeheuerten „Ordner“ im martialischen Outfit den Greis zum Rednerpult. Aufführungsort des bizarren Schauspiels, das von zwei Einsatzzügen der Polizei gesichert wird: das Audimax der Kieler Christian-Albrechts-Universität (CAU).

„SS marschiert an der Kieler Uni!“, titelte ein von der Initiative „Kieler Uni Linke (KUL)“ kurz nach der Veranstaltung Ende Januar auf dem Campus verteiltes Flugblatt im studentischen Tonfall der Übertreibung. Nach Recherchen der KUL verbirgt sich hinter dem Trupp der „Stiefelnazi-Ordner“ der dem Freiheitlichen Volks Block“ (FVB) angegliederte „Fissauer Freundeskreis“ um den Neo-Nazi Sven Lörchner. Der FVB erregte zuletzt durch sein Auftreten (schwarze Uniform, schwarze Fahnen) bei der Demonstration gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht, 1941 bis 1944“ am 1. März vergangenen Jahres überregionale Aufmerksamkeit. 1994 war die Gruppierung von früheren Funktionären aus verbotenen neonazistischen Organisationen gegründet worden.

Die Kontakte einiger Rechtsausleger reichen offenbar bis ins bürgerliche Lager. So ist es an der norddeutschen Universität kein Geheimnis, daß

der „Ring Christlich-Demokratischer Studenten“ (RCDS) in den eigenen Reihen Mitglieder duldet, die in der nach dem Husumer Dichter benannten Deutschen Hochschulgilde mitmischen. Zu dem Kreis gehört auch Briga Bohlinger. Die Tochter des verfassungsschutzbekannten antisemitischen Verlegers aus dem nordfriesischen Viöl, Roland Bohlinger, war 1995 Uniparlaments-Kandidatin der christdemokratischen Nachwuchsorganisation und fungierte bei der besagten Veranstaltung als Springmann-Begleiterin.

Die „Deutsche Hochschulgilde Theodor Storm“ ist eine von neun an deutschen Universitäten aktiven Gruppen, die unter dem Dach der „Deutschen Gildenschaft“ (DG) organisiert sind. Der nicht-schlagende Studentenverband versteht sich als elitäre „akademische Erziehungsgemeinschaft“, die eine geopolitisch und völkisch begründete Führungsrolle Deutschlands befürwortet und traditionell gute Kontakte zum rechtsextremen Lager pflegt. Mitglieder der DG werden in revanchistischen Zirkeln wie dem Witikobund und der Sudentendeutschen Landsmannschaft als Führungskräfte geschätzt und schreiben für rechtsintellektuelle Publikationen wie die „Junge Freiheit“ und „Criticon“.

„Die personale Union von RCDSlern und Rechtsextremen hat in Kiel leider Tradition“, sagt KUL-Sprecher Jens Hülsen, der die rechte Szene an der Förde seit zehn Jahren im Visier hat. Die Politik-Lehrlinge der CDU seien nicht willens, sich eindeutig von undemokratischen Kräften zu distanzieren. In den letzten Jahren hatten Verbindungen des Kieler RCDS ins rechte Lager immer wieder für Schlagzeilen gesorgt. So war der ehemalige stellvertretende schleswig-holsteinische RCDS-Landesvorsitzende und Studentenparlamentarier Rüdiger Dorff gleichzeitig Bundesführer des „Freibund e.V.“ Der war 1958 in Remscheid als „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ) nach dem Vorbild der „Hitler-Jugend“ gegründet worden und gilt neben der inzwischen verbotenen „Wiking-Jugend“ als die größte rechtsextreme Jugendorganisation in Deutschland. Auch die RCDS-Aktivistin und Biologie-Studentin Luise Bünger ist im „Freibund“ tätig. Völkisches Brauchtum wird in diesen Kreisen bis heute gepflegt. Zum Kultur-Programm der Deutschtümler gehören neben Sonnenwendfeiern, der Volkstanzpflege und Lagerfeuerromantik auch schon mal das Absingen des Treueliedes der SS-Kameraden „Wenn alle untreu werden...“

Während der Kieler AStA und ein breites Bündnis von Hochschulgruppen mittlerweile das Verbot der

umstrittenen Gilde durch die Hochschule und eine Distanzierung des RCDS von der Gruppierung fordern, sieht die Christian-Albrechts-Universität zur Zeit keinen Handlungsbedarf. „Die uns vorliegenden Unterlagen enthalten keine Hinweise, daß die Gruppe rechtsextrem ist. Wer sich den Touch der Wandervogelbewegung verleiht und das Wort ‘mitteldeutsch’ verwendet ist nicht gleich eine rechtsextremistische kriminelle Vereinigung“, lautet die Einschätzung von CAU-Syndikus Claus Frömsdorf. Auch RCDS-Landessprecher Henning Nawotki versucht zunächst, den Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen: „Mit dem rechten Schlägertrupp haben wir nichts zu tun.“ Er räumte dann aber die Doppelmitgliedschaft „einiger Karteileichen“ in RCDS und Gilde ein. Dar-

unter befindet sich auch Briga Bohlinger. Nawotki: „Ein Rausschmiß wäre aus satzungsrechtlichen Gründen mit einem langwierigen parteiinternen Verfahren verbunden. Die Betroffenen sollten lieber einen Schlußstrich ziehen und aus einem Verband austreten.“

Derweil haben die rechten Umtriebe an der Kieler Universität auch den Verfassungsschutz auf den Plan gerufen. „Wir haben die Geschichte im Blick. Am meisten Sorgen bereitet uns dabei die Hochschulgilde, die Bezüge in den eindeutigen rechtsextremistischen Bereich hinein hat.“ Und der RCDS? „Die überblicken teilweise nicht, wen sie da in den eigenen Reihen haben.“ Kein gutes Zeugnis für den politischen Nachwuchs von Kohl und Schäuble.

Volker Stahl

Rechtsextremisten setzen auf Kommunalpolitik

„Den Volkszorn ins Rathaus“

Das für die Kommunalwahl am 22. März in Lübeck benannte „Bündnis Rechts für Lübeck“ rief für den Jahrestag der Machtergreifung Hitlers zu einem Aufmarsch in der Hansestadt auf. Dafür hatte man den Stadtteil Moisling gewählt, wo bereits bei den letzten Kommunalwahlen die rechtsextremen Parteien und Gruppierungen 16 Prozent der Stimmen erhielten. Seinerzeit traten aber mehrere Rechtsausleger an, diesmal konzentriert sich der Wahlkampf ganz auf das „Bündnis Rechts für Lübeck“, dem jetzt auch die „Republikaner“ ihre Unterstützung zusagten, indem sie ihre Nichtkandidatur vermeldeten. Schnell war in Lübeck klar, daß es sich nicht um eine kommunale Kundgebung handeln sollte. So wurde bundesweit über das Nationale Infotelefon „Deutschlandsturm“ aus Erfurt und im Internet geworben und mobilisiert.

Angemeldet hatte den Aufzug der Lübecker Spitzenkandidat für „Bündnis Rechts“, Dieter Kern, und das bereits im Dezember 1997. Letzterer klagte sich jetzt per Arbeitsgericht erfolgreich auf seinen Arbeitsplatz im Umweltamt der Stadt Lübeck zurück. Er war im Herbst des Vorjahres noch fristlos gekündigt worden, als seine politischen Umtriebe bekannt wurden. So betreute der NPDler einen Stand der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ und marschierte im Mai 1997 auch ungeniert

zusammen mit dem „Freiheitlichen Volks-Block“ und anderen militanten Nationalisten in Bad Segeberg mit.

Der Aufmarsch der Rechtsextremisten in Lübeck wurde zunächst vom Bürgermeister Michael Bouteiller (SPD) verboten. Das Verwaltungsgericht Schleswig hob dieses Verbot am Versammlungstag selbst jedoch auf. Damit war der Weg frei für knapp 200 Neonazis, die überwiegend mit drei Reisebussen aus dem niedersächsischen Rotenburg/Wümme anreisten. Dabei befanden sich jedoch auch viele Hamburger Nazi-Größen wie etwa Christian Worch und Thomas Wulff. Für Worch war es der erste öffentliche Auftritt nach seiner Haftentlassung. Zu diesen zum Teil uniformiert angereisten Aktivisten gesellten sich lediglich ein Dutzend Lübecker. Im Stile der SA wollte das „Bündnis Rechts“ offenbar mit auswärtiger Unterstützung die „Straße erobern“, auch wenn die Aktion unter dem Motto „Den Volkszorn ins Rathaus tragen“ stand. 650 Gegendemonstranten aus dem Spektrum Gewerkschaft, Menschenrechtsorganisationen, SPD-Ortsvereine, Bündnis 90/Grüne sowie Autonome stellten sich dagegen. Nachdem Straßenbarrikaden errichtet wurden, verbot Bürgermeister Bouteiller den Neonazi-Aufmarsch wegen Gefahr im Verzuge. Die Rechtsextremisten murkten, bestiegen dann aber nach Aufforderung durch die Polizei wieder ihre Busse. Sie kündigten aber an, juristisch gegen die letzte Verbotsverfügung Bouteillers gehen zu wollen.

Die Auseinandersetzung in Lübeck wird bis zum Wahltermin fortgesetzt. So meldete Kern für das „Bündnis Rechts“ bereits jetzt eine neue Aktion am 14. März an.

Horst Freires

Medaille für ultrarechten Agitator **Veteranen-Fan**

Ein Bonner Student wurde für „überragende Verdienste“ vom Staat geehrt. Als vorbildlich sieht er die revanchistischen „Ritterkreuzträger“ an.

Der 25jährige Peter Hild erhielt von Bundespräsident Roman Herzog im vergangenen Dezember für seine „überragenden Verdienste auf dem Gebiet der Kriegsgräberfürsorge“ den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Dies berichtete der zweimonatlich erscheinende Informationsdienst des ultrarechten „Arbeitskreises Christlicher Publizisten“ (ACP).

Wäre der Bundespräsident über die politisch-publizistischen Aktivitäten von Hild informiert gewesen, hätte er vermutlich einen Verdienstorden weniger verliehen. Denn Hild, Mitglied des ACP, seit 1. Dezember 1993 Leiter der bundesdeutschen Außenstelle der russischen Suchgruppe „Iskatel“ („Der Sucher“), die die „Kooperation und Koordination zwischen russischen und deutschen Stellen im Rahmen der Kriegsgräberfragen entscheidend“ verbessern will, greift auch für Blätter zur Feder, die sich außerhalb des demokratischen Verfassungsbogens bewegen.

So empört sich Hild in der September-Ausgabe 1997 der Monatszeitschrift „Der Freiwillige“, dem Organ der zwar auf Bundesebene aufgelösten, auf Landesebene jedoch weiterhin existierenden HIAG, quasi der Nachfolgeorganisation der Waffen-SS, über die „Anti-Wehrmachtsausstellung“. Diese sei „linker Agitprop“, die Ausstellungsmacher seien ein „Kommunist“ und ein „Kapitalist“. Im gleichen Atemzug bejammert er die Inhaftierung des Nazi-Kriegsverbrechers Erich Priebke (SS-Hauptsturmführer), der, so Hild, „aus politischen Gründen festgehalten“ werde. Die Darstellung des Massakers in der Fosse Adreatine, an dem Priebke beteiligt war, ist für Hild, Funktionär des Jugendarbeitskreises des „Verbands der Kriegs- und Wehrdienststopfer, Behinderten und Rentner Deutschlands“ (VDK) in Nordrhein-Westfalen, lediglich „übertrieben zur Schau getragene >Betroffenheit<“. Betitelt wurde Hilds Artikel mit „Verleumdung und Haß als Lebensinhalt“. „Der Freiwillige“, bis zur Bonner Wende regelmäßig in den Verfassungsschutzberichten aufgeführt, bringt, so der VS-Bericht 1982, dessen Einschätzung auch für die heutige Charakterisierung des Blattes treffend sein dürfte, „verherrlichende Berichte über Kriegs-

handlungen und Fronterlebnisse, ohne auch nur im Ansatz Distanz gegenüber den für den Krieg politisch Verantwortlichen erkennen zu lassen.“

Hild beschränkt seine politisch-publizistischen Ergüsse nicht nur auf die Mitarbeit beim „Freiwilligen“ – auch andere stramm rechte Publikationen von Soldatenverbänden und Traditionskameradschaften werden von ihm beglückt (z. B. „Alte Kameraden. Unabhängige Zeitschrift Deutscher Soldaten“).

So u. a. auch die aktuelle Ausgabe von „Soldat im Volk“, Organ des „Verbandes deutscher Soldaten e.V.“ (VdS) und des „Ringes Deutscher Soldatenverbände“ (RDS). Darin wehklagt Hild „über das blamable Verhalten Bonner Politiker zu ihren Soldaten“. Anlaß seines Artikels ist das 43. Treffen der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ (OdR), das am 18./19. Oktober im oberfränkischen Hammelburg stattfand. 24 Stunden vor Beginn des Aufmarsches der hochbetagten Alt-Recken untersagte Bundesverteidigungsminister Volker Rühe (CDU) die Teilnahme der Bundeswehr. Für Hild unverständlich, da „mehr als vier Jahrzehnte (...) diese Treffen mit vorbildlicher Unterstützung der Bundeswehr und Vertretern der Öffentlichkeit ausgerichtet“ wurden. „Hitlers Veteranen“, die „enge Verbindungen in den bundesdeutschen Rechtsextremismus“ (Annelie Buntenbach MdB) pflegen, kürt Hild zu heldenhaften Idolen: „Die Ritterkreuzträger als Elite durch Vorbild und Bewährung im Krieg gestalteten das demokratische Nachkriegsdeutschland nach den Werten, für welche das Eiserne Kreuz steht: Tapferkeit, Pflichterfüllung, Opferbereitschaft und Liebe zu Volk und Vaterland.“

Die politische Ausrichtung von „Soldat im Volk“ offenbart schon ein kurzes Durchblättern des Blattes. Unkommentiert wird aus der „Deutschen Wochenzeitung“ aus dem Hause von Gerhard Frey (DVU) nachgedruckt, ist in Leserbriefen die Rede von „ostdeutschen Volksstämmen“, wird beschönigend über „Impressionen zum Rußland-Feldzug 1941/42“ berichtet oder positiv über „österreichische Kameraden“, die sich gegen die „verleumderischen Darstellungen der unrühmlich bekannten Reemtsma-Heer-Wanderausstellung >Verbrechen der Wehrmacht<“ zur Wehr setzen. Erwähnenswert ist auch ein „Kampffonds“, den man eingerichtet hat, da auf dem „Versorgungssektor (...) ständig Fragen“ auftreten, „die der gerichtlichen Prüfung und Entscheidung bedürfen, wie es auch unbestritten weiterhin notwendig sein wird, der Diffamierung des deutschen Soldatentums in massiver Form Widerstand zubieten.“

Anton Maegerle

Eklat bei der sächsischen Landeszentrale **Podium für Extremisten**

Der Nationalextremist und Ex-Friedensforscher Alfred Mechtersheimer streitet der Wehrmachtausstellung jegliche Seriosität ab und phantasiert von einer „familiären Tragödie“, die Jan Philipp Reemtsma mit diesem Projekt wiedergutmachen wolle. Der Rechtsaußen-General a.D. Franz Uhle-Wettler interpretiert die Ausstellung als Kultivierung eines bestimmten Schuldbewußtseins. Daß Rechts-extremisten seit Jahren verbissen gegen die Dokumentation „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung zu Felde ziehen ist nichts Neues. Ungewöhnlich ist allerdings der Ort, wo die beiden namentlich in Verfassungsschutzberichten erwähnten rechtsextremen Wanderprediger dies unlängst öffentlich tun konnten. Eingeladen zu der Veranstaltung am 22. Januar in Dresden hatte sie als Podiumsteilnehmer die sächsische Landeszentrale für politische Bildung – parallel zu der seit

20. Januar in der Landeshauptstadt gezeigten Wehrmachtsschau – unter dem wenig sachdienlichen Motto „Reemtsma-Ausstellung: Aufklärung oder Hetze?“ Für den Direktor der Landeszentrale, Wolf Dieter Legall, war die Veranstaltung ausgewogen geplant gewesen, wie er erklärte. Die Landeszentrale hatte nämlich auch noch den Bündnisgrünen MdB Volker Beck, der sich allerdings nicht für eine „Veranstaltung mißbrauchen“ lassen wollte, die Rechtsextremisten ein Forum bietet, und den PDS-Politiker Graf von Einsiedel, der das mit den rechten Ultras bestückte Podium alsbald wieder verließ, eingeladen. Vor den rund 200 Veranstaltungsteilnehmern soll sich auch der Moderator Guido Mathes dahingehend geäußert haben, daß er die Machart der Wehrmachtausstellung mit der der „National-Zeitung“ verglich, wie die örtliche Presse berichtete. Mathes, als Referent bei der Landeszentrale beschäftigt, hielt auch schon mal einen Vortrag bei der ultrarechten „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“, wobei es um die Zukunft des „Deutschen Ostens“ ging.

Für Volker Beck sollten die „politisch Verantwortlichen in Sachsen... dringend eine Diskussion über Grundlagen der politischen Bildungsarbeit“ führen. Der Handlungsbedarf scheint überfällig. G.N.

.Zuwachs für die Brunner-Partei **„Endlich daheim“**

Beinahe wäre der Coup der Berliner Nationalliberalen geglückt. Die Absicht der rechten Gruppierung, den FDP-Landesverband an der Spree zu übernehmen, scheiterte jedenfalls nur knapp: Die Delegierten des FDP-Landesparteitags am 24. Januar entschieden sich in einer Stichwahl mit 169 Stimmen für die Wiederwahl ihres amtierenden Landesvorsitzenden Martin Matz, während der Kandidat der Rechten, Alexander von Stahl, mit 143 Stimmen auf den zweiten Platz verwiesen wurde. Trotz der verlorenen Wahl will von Stahl nicht aufgeben. Er versprach den Delegierten „Gradlinigkeit, Zuverlässigkeit und Sparsamkeit“ und kündigte an, weiterhin dafür zu kämpfen, daß „Berlin nicht im Dreck und im Müll versinkt“ und daß sich die Stadt „nicht zum Spitzenreiter der Kriminalität“ entwickle. „Ich bin ein konservativer Mensch“, rief er unter dem Beifall der Delegierten. „Und ich halte viel von preußischen Tugenden.“

Nach der Wiederwahl des Landesvorsitzenden er-

klärten der junge militante Parteirechte Markus Röscher mitsamt 15 weiteren seiner Gesinnungsgenossen demonstrativ den Austritt aus der FDP. „Für uns Nationalliberale gibt es in der FDP keine Zukunft“, wettete Röscher zu den Pfiffen der Delegierten vom Podium. „also hat auch die FDP keine Zukunft mehr.“ Am Tag darauf traten die Abtrünnigen dann dem weit rechts angesiedelten „Bund Freier Bürger“ (BfB) des früheren FDP-Politikers Manfred Brunner bei, dessen Delegierte sich am Wochenende in einem Hotel am Berliner Alexanderplatz zum Parteitag zusammengefunden hatten. „Ich habe das Gefühl, hier endlich daheim zu sein“, rief der einstige FDP-Mann unter dem langanhaltenden Beifall der Versammelten. Und die hatten an diesem Tag noch mehr zu feiern: Denn neben Röscher und seiner Gruppe trat auch die Sammlungsbewegung „Offensive für Deutschland“ des hessischen Politikers Heiner Kappel zum BfB über. Die neue Partei fordert eine Volksabstimmung zur Einführung des Euro und will bei den Wahlen im Herbst vor allem der der Union Stimmen abjagen. „Denn der aktuelle Sozialismus“, rief Brunner, „den vertreten nicht SPD und Grüne, das ist die Steuerpolitik des Theo Waigel“. Sebastian Bähr

Wurde der Judenretter
Wallenberg geopfert?

Vorrang für Nazi-Gold

Die Familie des verschollenen Raoul Wallenberg, der vermutlich 100.000 Menschen vor den Gaskammern bewahrt hat, war in die Geschäfte der schwedischen Reichsbank mit Hitler-Deutschland verstrickt.

Im Herbst vergangenen Jahres gab es in Straßburg eine große Feier. Im Gebäude des Europarates würdigte Ratspräsident Miguel Angel Martinez zwei Männer, die sich persönlich für Menschenrechte eingesetzt haben. Es waren der russische DUMA-Abgeordnete und Menschenrechtsbeauftragte von Boris Jelzin, Sergej Kowaljow, sowie der Schwede Raoul Wallenberg. Während Kowaljow den Menschenrechtspreis der Staatenorganisation persönlich in Empfang nehmen konnte, war für Raoul Wallenberg dessen Halbbruder Guy von Dardel aus Stockholm angereist. Wallenberg ist nämlich seit dem 17. Januar 1945 verschollen. Damals hatte ihn eine sowjetische Militärstreife im soeben von den Nazis befreiten Budapest abgeholt. Seitdem gilt er als verschollen, während Moskau behauptet, er sei 1947 in einem Moskauer Gefängnis an Herzschwäche gestorben. Beweise hat der Kreml dafür freilich bis heute nicht vorgelegt. Wallenberg, 1912 in Stockholm geboren, war erfolgreicher Sportler und im Januar 1947 44 Jahre jung. Ein überraschender Herztod erscheint ziemlich unwahrscheinlich. Im Sommer 1944 war er auf Bitten einer amerikanischen Delegation nach Budapest gereist, um so viele Juden wie möglich vor Auschwitz zu retten. Die jüdische Gemeinschaft in der ungarischen Hauptstadt stand damals kurz vor der Auslöschung. Adolf Eichmann war persönlich angereist, um die „Endlösung“ zu leiten. Wallenberg mietete zahlreiche Gebäude, hißte die schwedische Flagge und verteilte Tausende von paßähnlichen Papieren, „Schutzpässen“. Sie bescheinigten den Inhabern, unter schwedischem Schutz zu stehen und in Kürze nach Schweden auszureisen. Auf diese Weise hat Raoul Wallenberg vermutlich um die 100.000 Kinder, Frauen und Männer vor den Gaskammern bewahrt. Der Kreml-Führung mußte dieser Mann verdächtig sein, weil er unter Eichmanns Augen frei schalten und walten durfte. Sie vermuteten in ihm wahrscheinlich einen Doppelspieler,

dessen Kenntnisse sie sich nicht entgehen lassen wollten.

Während bei einem internationalen Wallenberg-Kongress Mitte Januar 1981 in Stockholm noch nichts über die Rolle der Familie Wallenberg während der Nazi-Zeit bekannt war, geraten seit der Diskussion um Nazi-Gold in der Schweiz immer mehr Staaten und Familien ins Zwielflicht. Das gilt nicht zuletzt für den Wallenberg-Clan, wahrscheinlich die reichste schwedische Sippe. Wie eng schwedische Konzerne, Zechen und Banken mit der NS-Rüstungsindustrie zusammengearbeitet haben, kommt erst jetzt tröpfchenweise ans Licht. Damit wird auch immer begreiflicher, warum der mächtige Konzern sich nie vehement und öffentlich für Raoul Wallenberg engagiert hat. Er fürchtete vermutlich, falls er die Kreml-Führung wegen Wallenberg öffentlich anklagte, selbst an den Pranger gestellt zu werden – wegen der Geschäfte mit den Nazis. Wohl deshalb schweigt man bis heute.

Edelmetall aus den Gebissen der Ermordeten

Dabei gibt es über die Wallenbergs eine Menge zu erzählen, wie nicht zuletzt die Tageszeitung „Dagens Nyheter“ in Serien enthüllt. Am schwersten wiegt wohl der Vorwurf, Schweden habe trotz der Warnung aus Washington, deutsches Edelmetall sei geraubt und stamme aus den Gebissen ermordeter Juden, seine Geschäfte mit Berlin weiter intensiviert. Es gibt Zahlen, die das belegen. Schweden war für die Nazis aus mehreren Gründen ein wichtiger Partner. Die Rüstungsindustrie war auf schwedisches Erz und auf Kugellager angewiesen. Die Reichsbank und die Wirtschaft brauchten schwedische Banken, um Gold zu waschen und dafür schwedische Kronen zu bekommen. Selbst nach der Niederlage in Stalingrad empfahl die Regierung in Stockholm den Banken, weiter Gold aus Deutschland zu kaufen. Chef der größten Bank, der Enskilda-Banken, war Jacob Wallenberg. Zusammen mit seinem Bruder nutzte er die Kontakte zur schwedischen Reichsbank, um sie zum Kauf deutschen Goldes zu bewegen – allein 1943 für immerhin 35 Millionen Kronen. Sogar Ende 1944 sollen die Wallenbergbrüder versucht haben, die Reichsbank zu weiteren Goldkäufen aus Deutschland zu überreden.

Neue Enthüllungen stehen ins Haus. Parlament und Regierung in Stockholm haben eine unabhängige Untersuchungskommission eingesetzt, der al-

le einschlägigen Dokumente zur Verfügung stehen. Schon jetzt gibt es Hinweise darauf, daß man bereits 1940 wußte, woher ein erheblicher Teil des Goldes aus Deutschland stammte: Aus den Staatsbanken in Den Haag und Brüssel, die kurz zuvor von den Nazis geplündert worden waren. Die Wallenberg-Familie, der auch Wertpapier-Geschäfte mit den Nazis unterstellt werden, weigert sich derzeit noch, ihre Archive zu öffnen. Sollte es so weit

kommen, dann darf man gespannt darauf sein, ob in der Konzernspitze irgendwann die Möglichkeit erörtert worden ist, wegen des Schicksals von Raul Wallenberg in Moskau zu intervenieren und wenn ja, mit welcher Begründung das unterblieben ist. Immerhin ist dieser Wallenberg zum Staatsbürger ehrenhalber der USA gemacht worden, damit Washington eine juristische Handhabe bekam, sich für ihn einzusetzen.

Heiner Lichtenstein

Initiative für den Erhalt der Gedenkstätte

Vermächtnis von Auschwitz

„Wer die Geschichte nicht erinnert, ist verurteilt, sie ein zweites Mal zu erleben.“ Unter diese Inschrift am Block 4 der Gedenkstätte Auschwitz stellte die Landesvertretung ihre Ausstellung über den Beitrag der Bundesländer zum Erhalt dieser Gedenkstätte. 1992 hatte ein Gutachten der amerikanischen Lauterstiftung, die Auschwitz betreut, für Unruhe gesorgt. Sachverständige hatten festgestellt, daß die Gedenkstätte am Ort des Vernichtungslagers, in dem die Deutschen das Todesurteil an mindestens 1,5 Millionen Menschen vollstreckt hatten, zu verfallen drohte. Die deutschen Bundesländer nahmen den Appell der Stiftung zur Rettung des Ehrenmals auf, und beschlossen 1993, 10 Millionen DM zur Erhaltung der Gebäude, Anlagen und sonstigen Reste des Stammlagers Auschwitz und des Nebenlagers Birkenau beizutragen. Die Durchführung des Projekts liegt in den Händen des Landes Niedersachsen. Eine Veranstaltung aus Anlaß des Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz in der Bonner Niedersachsensvertretung, an der die Vorsitzenden der beiden Zentralräte der Juden bzw. der Sinti und Roma, Ignatz Bubis und Romani Rose teilnahmen, diente der Dokumentation des seither von den Ländern Geleisteten.

„Die Tatsache des Völkermords und die deutsche Verantwortung dafür sind ohne jeden Zweifel“, betonte Professor Rolf Wernstedt, Kultusminister des Landes. Deshalb wollten die Länder der Bundesrepublik Deutschland ihren Beitrag dazu leisten, daß die Orte der Verfolgung und Vernichtung von Menschen für die Besucher würdige Erinnerungs- und Gedenkstätten sein können. Er forderte angesichts ei-

ner in den aktuellen Ausschreitungen von Rechtsextremisten zum Ausdruck kommenden Ideologie der Vergeßlichkeit und notorischen Verantwortungslosigkeit dazu auf, daß alle Institutionen der Bundesrepublik Deutschland, nämlich Schulen, Hochschulen, ebenso wie Bundeswehr, Kirchen, Parteien und Gewerkschaften, ihren Teil der politischen Bildung leisten müßten. Ignatz Bubis sagte, die aktuellen fremdenfeindlichen Ausschreitungen erinnerten ihn an die Zeit der 30er Jahre, der Unterschied sei, daß sie damals staatlich geduldet gewesen seien. Umso wichtiger sei es zu verhindern, daß die, die heute so handeln, je Macht im Staate bekämen.

Die stellvertretende Direktorin der Gedenkstätte, Krystyna Oleksy, stellte die sechs von den Ländern vor dem Verfall geretteten Lagerbereiche vor: Der Block 26 im Stammlager war die Verwaltungseinrichtung der SS, in der die ankommenden Häftlinge erkennungsdienstlich behandelt wurden; von etwa zehn Prozent der dem Lager Zugeführten existieren heute noch etwa 40 000 Fotos von der erkennungsdienstlichen Behandlung. Das zweite Objekt sind die Blöcke 10 und 11, in denen sich das Gefangenelager mit der Exekutionsstätte, der sog. Schwarzen Wand, sowie der Frauenblock mit den Versuchslabors befanden. Zu den von den Ländern in Birkenau restaurierten Stätten gehören die Blockführerstube auf der Rampe, die Freilegung der Barackenfundamente sowie die Konservierung der Zentralsauna.

Teil der Dauerausstellung, so Helmut Morlok, der mit der Betreuung der Sanierung beauftragte Architekt, soll die Präsentation von fotografischen Nachlässen in Auschwitz Ermordeter werden. Bereits jetzt liegen mehrere Tausend Fotos über das Leben jüdischer Familien, zum Teil bereits nach deren Stigmatisierung mit dem Judenstern, vor. Die wenigen Dokumente ließen ein privates Glück erkennen, das alsbald nach der Aufnahme an der Brutalität des Lagers und im Gas seiner Vernichtungskammern zerschellen sollte.

Klaus-Henning Rosen

Die Nazis nicht alleine
für das Morden verantwortlich

Bevölkerung schaute weg

Am Berliner S-Bahnhof Grunewald wurde ein Mahnmal für die deportierten und ermordeten Juden der Hauptstadt eröffnet.

„Von diesem Gleis wird nie wieder ein Zug abfahren“, versprach Johannes Ludewig, Vorstandsvorsitzender der Bahn AG; als er auf dem Berliner Güterbahnhof Grunewald ein Mahnmal für die deportierten und ermordeten Juden der deutschen Hauptstadt an die Öffentlichkeit übergab. Die schlichte Gedenkstätte, die aus Betonplatten und mehreren tief im Boden verankerten Stahlplatten besteht, erinnert an eines der schrecklichsten Kapitel der Nazi-Herrschaft: An jene Todeszüge, die vom 18. Oktober 1941 bis zum 17. Februar 1945 vom Gleis 17 des Bahnhofs Grunewald abfahren und die damals fast 50.000 Berliner Juden nach Auschwitz, Litzmannstadt, Sachsenhausen, Bergen-Belsen und in die anderen Vernichtungslager beförderten. An der Bahnsteigkante können die Besucher die Daten der Transporte, die Zahlen der Deportierten sowie die Bestimmungsorte nachlesen. Was die Reichsbahn damals verharmlosend als „Ausschleusung“ oder „Umsiedlerzüge“ bezeichnete, war Teil des brutalen Massenmords an den europäischen Juden. „Die Reichsbahn war zum Bestandteil des verbrecherischen Systems geworden“, bekannte Bahnchef Ludewig. Auch Ignatz Bubis vom Zentralrat der Juden in Deutschland erinnerte an das „bürokratisch geregelte“ Morden, für das man nicht allein die Nazis verantwortlich machen könne. Bubis: „Es hat funktioniert, weil die Gesellschaft mitgemacht hat.“

**„Sie senkten die Köpfe
und schämten sich“**

Für die Bewohner der Grunewaldsiedlung war es damals nahezu unmöglich, das Schicksal ihrer jüdischen Nachbarn zu übersehen. Der Güterbahnhof liegt mitten in der Villenkolonie, gleich neben der idyllischen S-Bahn-Station. Rund 50 der insgesamt 63 Todeszüge, die Berlin verließen, setzten sich vom Gleis 17 aus in Bewegung. Meistens brachten die SS-Bewacher die Opfer mit Lastwa-

gen bis zur Rampe und trieben sie dort in die wartenden Güterzüge oder Viehtransporter. Doch manchmal mußten die Juden die letzten fünfhundert Meter mit ihrem Gepäck in der Hand zu Fuß durch die zum S-Bahnhof führende Trabener Straße laufen, vorbei an Jugendstil-Villen und herrschaftlichen Mehrfamilienhäusern. Eine Augenzeugin jener Jahre erinnerte sich in einem Rundfunkinterview an einen langen Zug von Frauen und Kindern, die von SS-Männern in Richtung Bahnhof geführt wurden: „Sie senkten die Köpfe und schämten sich. Die Frauen hielten ihre kleinen Kinder an der Hand. Es war ein schweigender Zug. Auch wir anderen aus der Straße schämten uns. Wir guckten eisern geradeaus.“ Abfahrtsorte waren neben dem Bahnhof im Grunewald auch der im Krieg zerstörte Anhalter Bahnhof sowie der Güterbahnhof Putlitzstraße im Stadtteil Tiergarten. Anfang der vierziger Jahre begannen die ersten Deportationen. „Wenn die Juden dann plötzlich nicht mehr da waren“, erzählte eine Augenzeugin, „dann sagte meine Mutter, die sind verweist. Wohin, das haben wir damals nie erfahren.“ Allerdings erinnert sich die Frau noch an den Besuch ihrer jüdischen Freundin Ulla Goldman, die weinend berichtete: „Mein Vater ist tot, der hat sich erschossen... Nun können sie ihn nicht mehr abholen.“

Die Reichsbahn stellte damals die Fahrpläne für die Todeszüge auf, übernahm die Listen mit den Namen der Opfer und füllte für den Transport Frachtbriefe aus, in denen etwa zu lesen war: „Bezeichnung des Guts: Häftlinge.“ Beteiligt am Massenmord waren aber auch die Berliner Finanzbehörden, die sich des Vermögens der ermordeten Juden bemächtigten. In den erhaltenen Akten aus jener Zeit sind die Details des Systems nachzulesen. So wurden etwa vom Sparkonto des ermordeten Banklehrlings Rolf Israel Horwitz 14 Mark Fahrtkosten dritter Klasse ins Vernichtungslager zugunsten der Reichskasse eingezogen. Seine Mutter Rosa hinterließ auf ihrem Bankkonto 6.477,98 Reichsmark sowie eine Reihe von Möbeln und Schmuckgegenständen, worüber die peniblen Bürokraten des NS-Staates in einer amtlichen Vermögensaufstellung Stück für Stück Buch führten. Auszug: „Eine sechsarmige Kerzenkrone, eine Couch mit Kopf- und Fußrolle, eine silberne Lorgnette, diverse Flaschenkorken, Eierbecher, Zuckerzange, Taubenschere, Nußknacker.“ Bei einer Versteigerung erzielte der Nachlaß der Rosa Horwitz Anfang 1943 genau 5.342,40 Mark. Das Geld wurde auf ein Konto der Oberfinanzdirektion überwiesen - abzüglich der Gebühren für Versteigerung und Verwaltung.

Sebastian Bähr

Arabische Presse unterstützt Holocaust-Leugner:

„Avantgarde der Dekadenz“

Wegen „Beteiligung an der Leugnung von Verbrechen gegen die Menschheit“ ist gegen den ehemaligen Chefideologen der französischen Kommunistischen Partei, Roger Garaudy, in einem Verfahren in Paris am 15. Januar eine Geldstrafe von 150.000 FF (ca. 50.000 DM) beantragt worden. Garaudy, selbst bereits 1982 zum Islam konvertiert, wurde durch ägyptische und marokkanische Anwälte verteidigt. Zeitschriften und Schriftsteller aus dem Nahen Osten hatten im Vorfeld Unterstützungsunterschriften für Garaudy veröffentlicht und Geld für dessen Verfahren gesammelt. Entsprechend war die arabische Presse besonders stark bei dem Prozeß vertreten. Die ägyptische Journalistengewerkschaft hatte im Vorfeld erklärt, über Garaudy werde nach einem undemokratischen Gesetz geurteilt, „das die Freiheit der Forschung über bestimmte Aspekte der Geschichte des Zweiten Weltkrieges verbietet“. Eine Zeitschrift aus den Vereinigten Arabischen Emiraten verlautbarte auf der Titelseite, der Philosoph werde „durch Organisationen der zionistischen Lobby in Frankreich“ verfolgt.

Ursache des Verfahrens ist Garaudys im Dezember 1995 veröffentlichtes Buch „Die Gründungsmythen der israelischen Politik“, erschienen im geschichtsrevisionistischen Verlag „La Vielle Taupe“ („Der alte Maulwurf“) des ehemaligen Linksradikalen Pierre Guillaume. Das auch ins Italienische übersetzte Buch enthielt etliche geschichtsrevisionistische und antisemitische Passagen, die zu Anzeigen mehrerer antirassistischer Organisationen führten. Andererseits trug ihm der Band Einladungen zu Lesereisen in mehrere arabische Länder ein. Garaudy selbst behauptet, es sei ihm lediglich um eine Kritik der israelischen Politik gegangen, nicht jedoch um Antisemitismus. Eine Einlassung, die für die Vertreter der Nebenklage wenig glaubhaft ist. Der Staatsanwalt meinte in seinem Plädoyer, Garaudy habe in seinem Buch die historischen Quellen schlicht „vergessen“.

Garaudy hatte sich nach seinem Ausschuß aus der Kommunistischen Partei im Jahre 1970 wegen seiner Kritik am Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in der CSSR 1968 beständig nach rechts entwickelt. Auffällig dabei seine enge Ko-

operation mit der Nouvelle Droite. So trat er im März 1991 beim nationalen Kolloquium des GRECE auf, um über den Golfkrieg als „Beispiel des amerikanischen Imperialismus“ zu sprechen. Für mehrere „neu“rechte Zeitschriften verfaßte er Grundsatzartikel. In seinem jüngsten Buch sieht er „Die Vereinigten Staaten als Avantgarde der Dekadenz“. Diese Verbindungen hielten allerdings den Parteivorsitzenden der französischen Kommunisten nicht davon ab, den ehemaligen Genossen zu einer Diskussionsveranstaltung beim Fest des Parteiorgans „Humanité“ einzuladen. Ein Skandal mehr. Nur war Garaudy diesmal nicht für ihn verantwortlich.

Jean Cremet

Hetzschrift beschlagnahmt

Eglingen - Auf Veranlassung des Tübinger Amtsgerichts beschlagnahmte die Polizei kürzlich in der schwäbischen Gemeinde Eglingen zwei rechtsextremistische Buchtitel. Neben mehreren Exemplaren des Buches „Evolution und Wissen. Neuordnung der Politik“ von Herbert Schweiger (74) stellte sie 6.500 Stück der Broschüre „Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung“ sicher. Gefunden wurden die Werke bei Arnold Gestrich (46), einem ehemaligen Kreisvorstandsmitglied der Reutlinger NPD und früheren Aktivisten der inzwischen verbotenen „Wiking-Jugend“. Das Werk „Evolution und Wissen“ des Österreichers Schweiger erschien beim „Verlag Neue Ordnung“ in Heidenheim an der Brenz, hinter dessen Adresse Peter Gmähle steckt. Schweiger referierte in der Vergangenheit bei zahlreichen Gelegenheiten in der Bundesrepublik, darunter auch 1991 bei den Tagen der „Volkstreuen Jugend“ im niedersächsischen Hetendorf, die unter der Schirmherrschaft der damals noch nicht verbotenen „Wiking-Jugend“ stattfanden. Weitere 650 Exemplare des Buches wurden in Dillingen an der Donau (Bayern) beschlagnahmt. Nach Polizeiangaben wurden vor einiger Zeit insgesamt insgesamt 10.000 Exemplare der Broschüre „Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung“ an Gestrich geliefert. Die Gesamtauflage des rassistischen „Aufrufs“ (vgl. BNR 22/97) soll nach offiziellen Angaben bei 225.000 Stück liegen. Als Erscheinungsort und -datum wird „Dresden, im August 1997“ angegeben. Die Erstauflage soll 110.000 Exemplare betragen haben.

S.B.

Sozialstruktur der extremistischen Rechten

Primär Männerparteien

Eine Studie gibt Aufschluß über die soziale Zusammensetzung von Mandatsträgern der REP und der NPD in hessischen Kommunalparlamenten.

„Welche Männer und Frauen sind es eigentlich, die für ‘Republikaner’ und NPD kandidieren und Mandate wahrnehmen?“ (S. 9). Dieser Frage stellt sich der Marburger Erziehungswissenschaftler Benno Hafener in seiner Studie „Sozialstruktur der extremen Rechten“ (Wochenschau-Verlag, Schwalbach 1997, 19,80 DM), die exemplarisch für ein Bundesland erstmals Einblick in die personale Zusammensetzung der beiden genannten Parteien geben will. Dazu werteten Hafener und seine Mitarbeiter die Daten über Alter, Geschlecht, Ausbildung/Beruf/Status und Wohnort von Kandidaten und Mandatsträgern aus. Zugänglich wurden sie über die veröffentlichten Wahlvorschläge von NPD und REP zu den hessischen Kommunalwahlen am 2. März 1997 und da die zuständigen Wahlleiter der angeschriebenen Gemeinden, Landkreise und Städte alle antworteten, kann sogar von einer Vollerhebung gesprochen werden. Insgesamt lagen dadurch Informationen über 568 Kandidaten und 227 Mandatsträger vor.

In der Buchfassung der Untersuchung informiert Hafener zunächst über die Ausgangssituation, sein Erkenntnisinteresse und die Situation der rechtsextremistischen Parteien nach der Kommunalwahl 1997 in Hessen. Danach werden die Ergebnisse der Erhebung dargestellt und interpretiert und zwar jeweils aufgegliedert nach REP und NPD, nach Kandidaten und Mandatsträgern und nach den erwähnten sozialen Merkmalen sowie nach Familienbeziehungen und Verwandtschaftsverhältnissen und dem Frauenanteil bei REP und NPD. Als Ergebnis der Untersuchung formuliert Hafener, „daß die parteipolitisch organisierte extreme Rechte durchaus eine ‘personale Basis’ hat, mit der sie auch zukünftig ein (...) Faktor in der Parteienlandschaft sein kann. Hinweise auf eine breit streuende Alterszusammensetzung, die Dominanz von Arbeitern (insb. Facharbeitern) und ‘kleinen’ Angestellten zeigen, daß es vor allem den ‘Republikanern’ durchaus gelungen ist, jüngere Alters-

gruppen zu gewinnen und vor allem Gruppen aus unteren sozialen Schichten (dem Arbeiter- und Angestelltenmilieu) organisatorisch und parlamentarisch zu binden.“ Unter den Abgeordneten der REP bildeten die Arbeiter mit 37 Prozent die größte Berufsgruppe und knapp ein Fünftel war jünger als 35 Jahre alt. Aber: „Von einer intellektuellen Modernisierung oder Akademisierung des Rechtsextremismus, einer Repräsentanz aus vielfältigen Schichten und Milieus kann – hier bezogen auf die Wahlvorschläge und Mandate – keine Rede sein (S. 56).

Und weiter: „Die vorgelegte Auswertung der Altersverteilung korrigiert populäre Meinungen, die den in Parteien politisch organisierten Rechtsextremismus lediglich mit der ‘unbelehrbaren aussterbenden Kriegsgeneration’ oder ‘jugendlichen Randgruppen’ in Verbindung bringen und damit relativieren und verharmlosen wollen. ... In der deutlichen Dominanz von Männern spiegeln sich Tradition und Subkultur (...) der extremen Rechten (...) wider; sie sind primär Männerparteien, d. h. Parteien mit (...) männlichen Habitus (...) und männerbündischer Kameraderie. ...Die Aktivisten sind aber nicht nur Männer, sondern auch Frauen; die relativ große Zahl nicht (mehr) berufstätiger Frauen (Hausfrauen und Rentnerinnen) kann als Hinweis für Entwicklungen gedeutet werden, daß sich von der extremen Rechten vor allem solche Frauen angesprochen fühlen, deren soziale Situation und Lage eher prekär ist (...) und denen hier eine spezifische Aufwertung, Regulierung von Sicherheitsbedürfnissen und Bindung von Affekten mit traditionellen Weiblichkeitsmustern, klaren Rollenzuweisungen (...) angeboten wird“ (S. 57).

Aufgrund der guten Datengrundlage kann Hafener für die sozialen Merkmale rechtsextremistischer Kandidaten und Mandatsträger abgesicherte und informative Aussagen formulieren. Der Vorteil der Vollerhebung ist aber gleichzeitig der Nachteil der Studie hinsichtlich der analytischen Reichweite der Aussagen, die sich verständlicherweise nur auf Alter, Geschlecht, Ausbildung/Beruf/Status und Wohnort beziehen, da es an anderen Daten mangelte und die Parteien sich nach Anfrage weigerten, selbst Informationen zur Verfügung zu stellen. Trotz dieser kritischen Anmerkungen verdient die Studie aber Interesse: zum einen aufgrund des bisherigen Informationsdefizits über die soziale Zusammensetzung rechtsextremistischer Mandatsträger, zum anderen, weil sich daraus in der Tat mögliche Entwicklungstendenzen des Rechtsextremismus ableiten lassen.

Armin Pfahl Traugber

ZEITSCHRIFTENSCHAU

**Periodika der
extremen Rechten**

„Nation + Europa“ (NE) - 48. Jg., 1/98:

Stark beachtet wird erwartungsgemäß die Diskussion um Rechtsextremismus in der Bundeswehr, wobei die Hochschätzung der Armee in der Zeit des Hochwassereinsatzes mit der „Hysterie“ nach den Vorfällen gegenüber gestellt wird. Manfred Roeder wird verteidigt als der, der sich als „engagierter Einzelkämpfer gegen die Dauerverunglimpfung deutscher Soldaten gestellt“ habe. Die Antwort für N+E lautet: Der wahre Feind der Bundeswehr steht links. Es wird gleichzeitig gewettert gegen die Internationalisierung der Einsätze der Bundeswehr, die Truppe solle so „von jedem Patriotismus“, befreit werden. Daß der Feind links steht, bejammert ein weiteres Mal auch Ex-Parteivorsitzender Franz Schönhuber (am 10.1. 75 Jahre alt gewesen). Er hält sich darüber auf, daß 90jährige Greise als NS-Täter angeklagt würden, während der wachserne Lenin im Mausoleum in Moskau ruhe. Auf Ablehnung stößt erwartungsgemäß das Einstampfen der mit Runen verzierten Heine-Briefmarken („Sumpflblüte der NS-Neurose“). Die Kritik wird dazu benutzt, durch den Mund von Heine Antisemitismus zu verbreiten. Unter den Berichten aus den Rechtsgruppierungen werden eindrucksvolle Belege für den internen Streit bei den „Republikanern“ vorgebracht, für den der stellvertretende Vorsitzende, Christian Käs, mit seinem N+E-Interview gesorgt hatte. Käs hatte nicht nur die fehlende personelle Basis bei den „Republikanern“ beklagt, sondern auch eine Öffnung der Partei in Richtung auf ehemalige Mitglieder verlangt. Schlierer hat dies zurückgewiesen mit der Begründung, die Ehemaligen wollten ohnehin nur die Partei spalten. Kritik übt NE am Unvereinbarkeitsbeschluß, der den REP die Teilnahme an Schönhuber-Veranstaltungen untersagt. Vorgestellt wird die australische Rechtsextremistin Pauline Hanson, die sich gegen „asiatische Einwanderung“ ausgesprochen hatte. Unter den mit Lob bedachten „Köpfen“ rangiert Harald Schmidt, der als Gegner von linkem Gesinnungsjournalismus gelobt und gegen eine „linke Diffamierungs-Kampagne“ wegen seiner ausländerfeindlichen Polenwitze in Schutz genommen wird. Aus dem Leserdienst ist noch hinzuweisen auf die Suchanzeige nach „Sehern und Suchern nach Lösungen akuter nationaler Probleme von einem engagierten Kreis in Hamburg-West“ (Angebot unter Postfach).

„Junge Freiheit“ (JF)-13. Jg., Nr. 3-5/98:

Eine drohende Masseneinwanderung von türkischen Kurden schwant der JF aufgrund der viel zu liberalen Einwanderungs- und Asylpolitik Deutschlands, die jetzt auch noch das deutsch-türkische Verhältnis belaste (3/98). JF-Chefredakteur Dieter tadelt die etablierten politischen Parteien, die die drängenden Probleme – etwa Euro oder Einwanderung – ignorierten. Gerade deshalb sei das Aufkommen von kleinen politischen Alternativen, „radikalen Splittern“ (Stein) so wichtig. Die Vita Franz Schönhubers bietet für die JF anlässlich dessen 75. Geburtstags hinreichend Grund, ihm Respekt zu zollen. Ebenfalls zum 75. würdigt die JF den Historiker Ernst Nolte, der fälschlicherweise als Verharmloser Hitlers gesehen werde, obwohl doch dessen Thesen jetzt durch das „Schwarzbuch des Kommunismus“ bestätigt würden. Gegeißelt wird der „antifaschistische Zeitgeist“, der es ermögliche, daß ein Frank Rennicke verboten werde, während die „Toten Hosen“ auftreten dürften (3/98). Heinrich Lummer, Noch-CDU-MdB, kritisiert die Bundesregierung, die stets nur eine gemeinsame Währung vorangetrieben habe, statt EU-einheitlich auf eine Angleichung des Asylrechts zu drängen, was jetzt zu Lasten Deutschlands gehe (4/98). Der JF-Dauerbrenner „Euro“ erhält neue Munition durch die in Karlsruhe anhängige Klage der vier Professoren. Mit der Thematik des Deutschseins und ob dies außerhalb der Grenzen Deutschlands auch noch möglich sei, beschäftigt sich ein Beitrag, der aus der neurechten Schrift „Junges Forum“ übernommen wurde. In dritter Folge werden Auszüge aus dem Machwerk des Prof. Seidler über die „Verbrechen an der Wehrmacht“ präsentiert (4/98). Das Thema Abtreibung durchzieht die nächste Ausgabe – die „Lebensschützerin“ Gräfin Westphalen scheut dabei auch nicht den Vergleich mit den Massenmorden im Dritten Reich (5/98). Paul Latussek, BdV-Vize und frischgekurter Funktionär der Brunner-Partei rät den Vertriebenen, mit „neuen politischen Kräften“ für ihre Rechte auf Heimat und dortigen Eigentums zu fechten. In Sachen REP hat das Mainzer Verwaltungsgericht nach Ansicht der JF endlich den längst fälligen Persilschein ausgestellt. Eine Lobeshymne auf den chilenischen Ex-Diktator und General Pinochet läßt deutliche Sympathien für dessen Wirken für das Wohl des chilenischen Volkes erkennen (5/98). Die „Anti-Skin-Hysterie“ hierzulande ist nach Meinung des JF-Schreiberlings in deren erotischer Faszination begründet, der unsere prude, ihre Schmuttel-Phantasien verdrängende Gesellschaft nicht gewachsen sei (5/98).

BÜCHERSCHAU

Elektronische Propaganda

So sehr Rechtsextremisten zwar die politische Moderne ablehnen, so sehr nutzen sie aber auch die Errungenschaften der technologischen Moderne. Letzteres gilt insbesondere für die neuen Kommunikationsmittel wie Info-Telefone, Mail-Boxen und das Internet. Speziell zu dem letztgenannten Medium haben die Mitarbeiter des „Dokumentenarchivs des österreichischen Widerstandes“ in Wien einen Sammelband herausgegeben, der sich mit den verschiedensten Aspekten des Themas beschäftigt. Zunächst werden allgemeine Aspekte wie die Grundlagen des Internet, damit zusammenhängende demokratiethoretische Aspekte und die pädagogische Dimension der neuen Medien angesprochen. Dem folgen Beiträge zu rechtsextremistischen deutschen Homepages, Antisemitismus und Revisionismus im Internet, der Internet-Nutzung durch österreichische Rechtsextremisten, dem Mailbox-Verbund „Thule-Netz“ und dem „Thule-Seminar“, dem Fall des österreichischen Neonazis Christian Anderle sowie dem Wirken amerikanischer und europäischer rechtsextremistischer Organisationen und von Skinheads im Internet. Die den Band abschließenden Aufsätze widmen sich

strafrechtlichen Aspekten zum Thema Rassismus, Rechtsextremismus im Internet, Medienrecht und telematischen Medien und antisemitischen Webseiten im Internet.

Mit dem überaus informativen Sammelband liegt erstmals eine Arbeit vor, die über die vielfältige Nutzung des Internet durch Rechtsextremisten berichtet. Inhaltlich breit wird darin über diese Form der Propaganda in einem neuen Medium informiert. Die einzelnen Aufsätze liefern detaillierte Angaben und einzelne Beispiele, mitunter bleiben sie aufgrund der Komplexität des Themas aber auch fragmentarisch. Veranschaulicht wird das Beschriebene häufig noch durch Abdrucke aus den jeweiligen Homepages der Rechtsextremisten. Dabei kommen leider analytische Einschätzungen etwas zu kurz. Welche Bedeutung die Internet-Nutzung durch Rechtsextremisten hat und wie die diesbezüglichen Gefahren zu sehen sind, hätte vielleicht noch in einem gesonderten Beitrag detaillierter diskutiert und eingeschätzt werden können. Ansonsten handelt es sich aber um ein überaus informatives Werk, das das Interesse der an den Entwicklungen im Rechtsextremismus interessierten Leute verdient.

Armin Pfahl-Traugher

Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Das Netz des Hasses. Rassistische, rechtsextremistische und neonazistische Propaganda im Internet, Wien, 1997 (Deuticke), 304 S.

Die Schweizer Rechte

Die Chronologie rassistischer Vorfälle in der Schweiz zeigt ein ambivalentes Bild: Die Zahl der erfaßten Ereignisse ist 1996 im Vergleich zum Vorjahr von 95 auf 70 zurückgegangen, unzweifelhaft wurde aber in den ersten Monaten 1997 eine antisemitische Welle spürbar. Offen geäußelter Antisemitismus hat in der Schweiz bereits seit Jahren zugenommen:

Jan van Helsings „Geheimgesellschaften“, das sich u. a. auf die „Protokolle der Weisen von Zion“ stützt, war ein Bestseller. Die Gläubigen der theosophischen Sekte „Universale Kirche“ folgen ihrem antisemitischen Guru Peter Leach-Lewis, wie auch die esoterische Zeit-

schrift „ZeitenSchrift“, herausgegeben von Mitgliedern der „Universalen Kirche“, regelmäßig antisemitische Anspielungen publiziert. Antisemitische Botschaften verbreitet auch der Lausanner Altfaschist Gaston-Armand Amaudruz in seinem hektographierten Blättchen „Courrier du continent“, über Holocaustgegner berichtet wohlwollend das Blättchen „Le pamphlet“ des Lausanner Ehepaares Mariette und Claude Paschoud. In der deutschen Schweiz wird die Zeitschrift „Recht+Freiheit“ von Ernst Indlekofer zur Verteidigung der Holocaustleugner vertrieben. Über eine angebliche Weltverschwörung ist regelmäßig in der Zeitschrift „Memopress“ von Emil Rahm zu lesen. Aktivster revisionistischer Buchverlag ist der „Neue Visionen Verlag“ in Würenlos von Gerhard Förster.

Die bekanntesten Holocaustleugner sind der Basler Jürgen Graf, dessen Schriften auch per Internet abrufbar sind sowie Andreas J. Studer, der unter dem Namen „Front der Antizionisten der Schweiz“ firmiert und sich gemeinsam mit Arthur Vogt, Bernhard Schaub und Jürgen Graf zur revisionistischen „Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der Zeitgeschichte“ (Organ: „Aurora“) zusammengeschlossen hat.

Als rechtsextreme Organisationen sind die „Schweizer Hammer-Skins“ (SHS), der „Patriotische Ost-Flügel“ (POF), die Gruppe „Morgenstern“ und die „Nationale Initiative Schweiz“ (NIS) bekannt. Rassistische Botenschaft per Musik verbreitet die Schweizer Skin-Band „Sturmtruppen“.

Publikationen der „Neuen Rechten“ werden von Schweizer Rechtsextremisten als ideologische Schützenhilfe betrachtet; sei es Ulrich Schlüers „Schweizerzeit“ oder „Abendland“ und „Medienpanoptikum“, die beide von dem rechtskatholischen Multifunktionär Herbert Meier redaktionell betreut werden. Als Anhänger des „Thule-Seminars“ gilt der Genfer Anwalt Pascal Junod, Aktivist in mehreren Organisationen der „Nouvelle Droite“. A.M. Stutz, Hans. Rassistische Vorfälle in der Schweiz. Eine Chronologie und eine Einschätzung, Ausgabe 1997, Zürich 1997; Hrsg: Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz (GMS) und Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus (GRA), Zürich; Preis: 14.50 Franken.

Oper gegen das Vergessen

„Brundibár“, die Oper für Kinder des 1899 in Prag geborenen Komponisten Hans Krása, entstand 1938. Am 10.2.1942 wird Krása in das 60 km nördlich von Prag gelegene, seit Ende November 1941 unter SS-Regime stehende Ghetto Theresienstadt transportiert, wo man ihn zum Leiter der Musiksektion in der sog. „Freizeitgestaltung“ macht. Am 23.9.1943 wird seine Oper von den Internierten zum ersten Mal aufgeführt; bis zum Herbst 1944 folgen über 50 weitere Vorstellungen; einige Szenen sind in Fragmenten des 1944 gedrehten nationalsozialistischen Propagandafilms über das „Musterghetto“ Theresienstadt überliefert. Der Komponist und die meisten Mitwirkenden wurden im Oktober 1944 in Auschwitz-Birkenau ermordet, kurz bevor die SS begann, die Gaskammern zu zerstören, um Spuren zu verwischen. Die Oper mit eingängigem Libretto und einer mitreißenden Musik – der böse Leierkastenmann Brundibár wird mit der Hilfe vieler Kinder und dreier Tiere besiegt – stellte für die Beteiligten die Gegenwart zu ihrer Leidenszeit und zugleich ein Symbol der Hoffnung dar. Sie wurde 1985 anhand einer rekonstruierten Partitur zum ersten Mal in Deutschland vorgestellt und zehn Jahre später von der Jeunesses Musicales Deutschland, der deutschen Sektion einer weltweit arbeitenden Jugendorganisation, die Begegnungen junger Menschen durch die Musik fördert, mit Kindern aus Polen, Tschechien und Deutschland erfolgreich in Berlin,

Prag und Warschau gespielt. In Erinnerung an die Kinder von Theresienstadt hat die Organisation bundesweit Schulen, Musikschulen und Jugendeinrichtungen dazu aufgerufen, „Brundibár“ erneut aufzuführen. Ziel des Projektes ist es, mit der gemeinsamen Erarbeitung der Oper, die zahlreiche Ansatzmöglichkeiten zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit bietet, einen Weg aufzuzeigen, der Kindern und Jugendlichen die Geschichte des Holocaust begreifbar machen kann.

Das Projekt, das unter der Schirmherrschaft von Bundesjugendministerin Nolte und des polnischen Ministers für Nationale Bildung, Prof. Handke, steht, wird von fast zwanzig Kooperationspartnern unterstützt und maßgeblich von der Kulturstiftung der Deutschen Bank gefördert. Für 1998 stehen bereits 65 Aufführungen in Deutschland fest, die wahrscheinlich mindestens zwölftausend Kinder und Jugendliche erreichen werden.

Zur Einarbeitung, und um das Verständnis des historischen Hintergrundes zu erleichtern, wurde eine umfangreiche, hervorragend zusammengestellte Arbeitsmappe herausgegeben. Sie enthält Informationen über Komponist und Werk, stellt sechs Pilotprojekte vor und gibt Anregungen und Hilfestellung zur Realisierung der Oper. Kernstück der Mappe ist eine vom Fritz Bauer Institut erarbeitete Quellensammlung zum Ghetto Theresienstadt. Das Projekt wurde bis Ende 1998 verlängert. Mit der Arbeitsmappe (30 DM) können auch eine Videodokumentation und eine CD bezogen werden. Jeunesses Musicales Deutschland e.V., Marktplatz 12, 97990 Weikersheim, Tel. (07934) 280, Fax (07934) 8526.

Theo Meier-Ewert

Tagebuch

Berlin - „Nichts liegt ihm ferner als ein Kniefall vor seinen Peinigern, den derzeitigen Machthabern. Dafür verdient er die Solidarität aller gerecht denkenden Personen“ heißt es in einem „Aufruf gegen das Vergessen und Verschwinden politisch mißliebiger Personen“ über den österreichischen Hitler-Nostalgiker Gottfried Küssel. Hinter dem „Aufruf“, der mittels Flugblätter in Berlin verteilt wird, steht eine Initiative „Freiheit für alle VAPO-Aktivistin“. Küssel, der kläglich in seiner Rolle als Möchtegern-Nachfolger des 1991 verstorbenen Medienshowstars Michael Kühnen gescheitert war, wurde im Dezember 1993 zu 11 Jahren Haft wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung (Gründung der „Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition“ >VAPO<) verurteilt.

Coburg/Abensberg - Zum „Politischen Aschermittwoch aller Patrioten lädt der Freundeskreis Le Pen/Schönhuber für den 25. Februar ins niederbayerische Abensberg (Lkr. Kelheim), Hotel zum Kuchlbauer ein. Als Starredner wird der „Nation+Europa“-Mitherausgeber und -Redakteur Harald Neubauer, ehemals Bundesvorstandsmitglied der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ präsentiert.

Grevesmühlen - Ein „Unabhängiger Freundeskreis Mecklenburg-Vorpommern“ berichtet im Thule-Netz über eine Hausdurchsuchung, die am 20. Januar beim Neonazi-Liedermacher und „Freund des Freundeskreises“, Daniel Eggers (1975 in Grevesmühlen geboren), stattfand. Beschlagnahmt wurden unter anderem CDs, Liedtexte sowie der komplette Schriftverkehr der letzten Zeit. Nahezu zeitgleich gab Eggers, der vor seiner „musikalischen Karriere“ „aktiv in der Skinheadszone verwurzelt“ („Moderne Zeiten“) war, der Internet-Ausgabe der „Berlin-Brandenburger-Zeitung“ (BBZ) ein Interview. Darin benennt er als „konkretes Vorbild“ den Neonazi Frank Rennie, „der mir mit seiner Musik einen gewissen inneren Auftrieb gegeben hat, und mich dazu ermutigte, selbst öffentlich aufzutreten.“

Den Stil seiner Lieder beschreibt Eggers, der bei der letztjährigen Jahreshauptversammlung der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) am 8. März aufspielte, als „Mischung aus volkstümlicher Gitarrenmusik und stürmischen Kampfliedern“.

Hamburg - Die Erstausgabe des neonazistischen „Zentralorgans“ (Postfachadresse: Hamburg), in dem die Blätter „Freie Stimme“, „Widerstand“ und „Moonstomp“ aufgegangen sind, ist erschienen. Durch die Herausgabe der gemeinsamen Zeitschrift erwarten die Neonazis, so ist im Thule-Netz zu lesen, u. a. ein regelmäßiges Erscheinen und eine professionelle Redaktion. Mit dem „Zentralorgan“ will man „zum einen ein Zeichen setzen gegen die gerade in letzter Zeit wieder zunehmende... Zersplitterung bzw. Fraktionsbildung innerhalb der Bewegung, zum anderen wollen wir Euren gestiegenen Ansprüchen an eine interessante und professionell erstellte Kampf-Zeitung gerecht werden!“ In einem ausführlichen Nachruf wird im „Zentralorgan“ den im November letzten Jahres tödlich verunglückten Neonazis Thomas Kubiak, Andree Zimmermann und Harald Mehr gedacht. (vgl. BNR 1/98)

Hannover - Zu den niedersächsischen Landtagswahlen am 1. März treten am rechten Rand neben den „Republikanern“ noch die „Deutsche Partei“ und die „Partei Bibeltreuer Christen“ an. Die rechtsextremen REP, die bei den Landtagswahlen vor vier Jahren 3,7 Prozent (158.875 Wählerstimmen) holten, wurden mit folgender Landesliste zugelassen: Peter Lauer, Dieter Jochade, D. Schultz, Wilhelm-Claus Köhler, Werner Haase, Jürgen Wirtz, Karl Ingo Wielke, Manfred Schulz, Michaela Strohner, Heinz-Otto Lehmann, Wolfram Bednarski, Lars Seidensticker, Siegfurt Diekmann, Bernd Timpe, Gerhard Tempel, Joachim Frenzel, Helmut Becker und Hartmut Schröter.

Hannover - Paul Latussek, umtriebiger Vizepräsident des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV), erklärte in der rechtsextremen „Deutschen Wochenzeitung“ des DVU-Chefs Gerhard Frey im Januar: „Die Leistung, die im 2. Weltkrieg erbracht wurde (...), was im zivilen und militärischen Bereich geleistet wurde (...), die Opfer, die erbracht wurden, stellen eine in der Geschichte einmalige kollektive Leistung unseres Volkes dar.“ Latussek, seit Jahren Autor und Referent in rechtsextremen Kreisen („Nation+Europa“, „Junge Freiheit“, „Gesellschaft für freie Publizistik“...) sitzt auch weiterhin im „Beirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen“ beim Bundesinnenministerium und gilt in dieser Funktion quasi als „sachkundiger“ Berater der Bundesregierung.

Heilbronn - Türkische Geschäftsleute im baden-württembergischen Heilbronn haben im Januar per

Post anonyme Briefe einer „Aktion Gegen Ausländer-Kriminalität“ mit folgendem Inhalt bekommen: „Türkische Geschäftsleute, zuverlässigen polizeilichen Untersuchungen und Statistik zufolge geht von seiten der ausländischen, insbesondere der türkischen Wohnbevölkerung in Deutschland eine große Kriminalitätsgefahr für die deutsche Bevölkerung aus – Mord, Totschlag, schwerer Raub, Erpressung, Vergewaltigung usw.. Ausgangspunkt dieser Kriminalität sind oft türkische Geschäfte und Läden, die Treffpunkte für verbrecherische Elemente sind“. Wenige Zeilen später wird man deutlicher: „Wir als Aktion Gegen Ausländer-Kriminalität ergreifen Maßnahmen, um diese Kriminalität zu stoppen. Wir fordern Sie unmißverständlich auf, Ihr Geschäft/Ihren Laden aufzugeben und Deutschland innerhalb von drei Monaten für immer zu verlassen. (...) Wenn Sie diese Aufforderung nicht befolgen, müssen Sie damit rechnen, daß mit wirksamen Mitteln nachgeholfen wird, daß sie so oder so verschwinden müssen. Verschwinden sie gleich, so können sie noch alles Hab und Gut mitnehmen.“ Abschließend heißt es: „Denke daran: VERSCHWINDE SOFORT; sonst kommen wir und besuchen sie!“ Wegen der anonymen Hetzbriefe ermittelt nunmehr der Staatsschutz.

Kiel/Schwerin - Das Landeskriminalamt Schleswig-Holstein legte eine Jahresbilanz rechter extremistischer Straftaten für 1997 vor. Demnach wurden 373 Delikte registriert, 107 mehr als ein Jahr zuvor. 212 Tatverdächtige wurden ermittelt, darunter fünf Frauen. 40 mutmaßliche Täter waren noch keine 18 Jahre alt. In der Hauptsache handelt es sich nach LKA-Angaben um Propagandadelikte, sprich Tragen verfassungsfeindlicher Symbole und Embleme sowie das Verwenden entsprechender Parolen. In Mecklenburg-Vorpommern wurden 1997 423 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund registriert, wie Innenminister Jäger Ende Januar in Schwerin bekanntgab. Verdoppelt habe sich mit 85 Vorfällen dabei die Anzahl der Gewaltdelikte; 59 Vorkommnissen lag fremdenfeindliche Motivation zugrunde (1996: 31). Angestiegen sei insbesondere die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten auf 800 (1996: 600 Personen); auch die neonazistische Szene habe sich mit 250 Sympathisanten (1996: 130) beinahe verdoppelt. Zulauf könne vor allem die NPD verzeichnen, die sich auch hier zu einem Integrationsfaktor der rechtsextremistischen Szene entwickelt habe.

Lübeck - In Lübeck begann der Prozeß gegen den mutmaßlichen Brandstifter der Vicelin-Kirche. Der

20jährige Christian Prudlo bezeichnet sich selbst als rechtsradikal, gestand zunächst auch die Tat vom 25. Mai 1997, wiederrief sein Geständnis jedoch noch am selben Tag wieder. Für den Indizienprozeß sind zunächst 84 Zeugen und neun Sachverständige benannt. Prudlo wurde am 13. Juni 1997 festgenommen und befindet sich seitdem mit kurzer Unterbrechung in Untersuchungshaft. Am ersten Verhandlungstag verweigerte er die Aussage.

Mainz - Als presserechtlich Verantwortliche der von der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangenen und deren Angehörige e.V.“ (HNG) herausgegebenen „Nachrichten der HNG“ fungierten in den letzten beiden Ausgaben Maik Künzel und Rolf Melzner. Das Amt des Schriftleiters ist seit dem tödlichen Verkehrsunfall des bisherigen Schriftleiters Andree Zimmermann im November des vergangenen Jahres vakant. In der aktuellen Januar-Ausgabe werden in der Rubrik „Vernetzung“ neben den Nummern von neun „Nationalen Infotelefonen“ und der Mailboxen sowohl des „Nordland-Netzwerkes“ wie auch des „Thule-Netzwerkes“ verschiedene rechts-extreme Adressen bekanntgegeben. Für den musikalisch-subkulturellen Bereich werden der „Tonträgervertrieb Jens Pühse“ und „Ohrwurm Records“ aus Wuppertal aufgeführt. Der „Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung“ des Revisionisten Udo Walendy, die „Berlin-Brandenburger Zeitung“, die „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“ von dem belgischen Verlag „Vrij Historisch Onderzoek“ in Berchheim und die „Germanenbriefe“ von Michael See gehören zum empfohlenen publizistischen Bereich. Angekündigt wird weiterhin die Publikation „Sonnenrad. Das Magazin für alle nationalen Deutschen“, das im Februar unter der alten Postfachanschrift des „Deutschen Jugend Bundes“ in Werdohl erscheinen soll.

München - In einer ernsthaften Krise scheinen sich die „Staatsbriefe“ (9. Jahrgang) von Hans-Dietrich Sander (München) zu befinden. Weiterhin geht die Abonnentenkurve steil nach unten und dürfte nun bei der kritischen Marke unter 1.000 verkauften Abos angelangt sein. Dies zwingt Sander, die Abogebühren für sein schlecht aufgemachtes Monatsblatt auf 130 Mark (Jahresabo) zu erhöhen. Die „Hetze“ gegen die „Staatsbriefe“ und dies trifft Sander besonders, gehe jedoch nicht von demokratischen Medien, sondern von gegnerischen Gesinnungskameraden aus, die, so Sander, die „Staatsbriefe“ im „nationalen, respektive rechten Lager (...) isolieren“ wollten.

Adresse:

Randersacker - Die aktuelle Zahl der Mitglieder der rechtsradikalen „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“ (UÖD) und Abonnenten ihres Organs, „Ökologie. Forum für Natur- und Heimatschutz“, beträgt 350. Dies wurde auf der UÖD-Mitgliederversammlung am 8./9. November 1997 in Randersacker bei Würzburg bekanntgegeben. Bei den Vorstandswahlen wurde Herbert Pilch in seinem Amt bestätigt. Die bisherige 1. stellvertretende Bundesvorsitzende Constanze Lehmann hatte auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Zu ihrem Nachfolger wählte die Bundesversammlung Andreas Gruhl, den ältesten Sohn des UÖD-Verbandsgründers Herbert Gruhl. Referenten waren u. a. Günter Rohrmoser („Gesellschaft für Kulturwissenschaft“) und Margot Lauschke, UÖD-Ehrenvorsitzende. Lauschke war einst langjährige Gewerkschaftsfunktionärin und SPD-Kreistagsabgeordnete aus Lahnstein. Die UÖD wurden am 27./28. April 1991 als rechte Abspaltung der „Ökologisch Demokratischen Partei“ (ÖDP) in Lahnstein gegründet. Bundesvorsitzender ist seit 1993 der Freiburger Anglistikprofessor Pilch.

Schwarzenborn/Knüll - Seine unerwartete, späte Bekanntheit infolge des skandalösen Gastvortrags an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg nutzt der verurteilte Rechtsterrorist Manfred Roeder (69) zu einem politischen Comeback-Versuch. Nach seinem Auftritt beim NPD-Bundesparteitag im Januar und der zugesagten Wahlkampfunterstützung für die kommende Bundestagswahl, läßt Roeder nun eine Werbesendung verteilen, in der er sich als „Kanzleralternative 1998“ ankündigt: „Durch wen kommt die Wende zur Bürgerpolitik in Deutschland? Nur durch einen Mann, der Deutschland liebt!“ In dem Faltblatt listet Roeder verschiedene Aktivitäten seiner politischen Laufbahn auf. Zudem verweist der frühere Rechtsanwalt auf seine „Ehrenmitgliedschaft im Deutschen Kulturwerk durch Herbert Böhme, in der Deutschen Division von Prinz Schaumburg-Lippe, in der Europaburschenschaft Arminia zu Zürich von Dr.

Manz sowie einen Sonderpreis mit Ehrenurkunde von Christian Henke (Schlesien)“.

Sprockhövel - In einem Nebengebäude einer Disco im nordrhein-westfälischen Sprockhövel betreibt der Neonazi und JN-Funktionär/NPD-Mitglied Dieter Koch (namentlich im NRW-VS-Bericht 1995 erwähnt) gemeinsam mit dem Wuppertaler Dieter Schirmer einen bundesweiten Musik-Versand. Koch produziert auch eigene CD's mit lokalen Neonazi-Bands, beispielsweise das Soloprojekt von Steve Bramekamp, der vor Hakenkreuzfahnen in einem dänischen Videomagazin posierte. Koch war lange Jahre Mitglied im Landes- und Bundesvorstand der JN, leitete den JN Buchdienst und war Herausgeber der JN-Publikation 'Einheit und Kampf'.

Stuttgart - Der FDP-Rechtsableger „Cannstatter-Kreis“ (vgl. BNR 21/97, S.9) hat für den 13. Februar den Rechtsextremisten Harald Neubauer zu einem Vortrag geladen. Der frühere Bundessprecher der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ spricht über „Political Correctness und Meinungsfreiheit“.

Stuttgart - Die NPD hat nach eigenen Angaben im vergangenen Jahr über 1.600 Neumitglieder gewinnen können, so daß sich der aktuelle Mitgliederstand jetzt bei deutlich mehr als 5.000 bewegen dürfte. Um an der Bundestagswahl im September dieses Jahres teilnehmen zu können, benötigt die NPD 35.000 Unterstützungsunterschriften. In den Parteiorgan „Deutsche Stimme“ wird um aktive Mithilfe dafür bereits aufgerufen.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 255 94-100, Fax 255 94-190

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Heussallee 2-10, Pressehaus I/216, 53113 Bonn
Telefon (0228) 242 21 30, Fax 242 31 31

Satz und Gestaltung:
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH Berlin;
Heidemarie Lehmann

Herstellung:
OPS GmbH, Hamburg
Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten